

Positionen



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Erwin Huber

Dipl. Volkswirt, Staatsminister a.D., Präsidiumsmitglied im Wirtschaftsbeirat Bayern

Setzt Altmaier die Schwerpunkte richtig? Kritische Gedanken zur „Nationalen Industriestrategie 2030“

Endlich ein Wirtschaftsminister aus der CDU. So war es vor einem Jahr erwartungsvoll in Wirtschaft und Union zu hören. Die Partei Ludwig Erhards hat endlich die Chance, klaren Kurs in der Wirtschaftspolitik zu zeigen, und das ist gerade in schwierigem Umfeld und nebeliger Aussicht sehr wichtig. Nach einem Jo-Jo-Jahr in der GroKo muss die Zwischenbilanz leider verhalten ausfallen. Und das liegt nicht nur am wirtschaftsabseitigen Koalitionspartner.

Man kann sich die Lage nicht aussuchen, in der man ein politisches Mandat, eine verantwortliche Rolle übernimmt. Die Konjunkturaussichten waren Anfang 2018 sicher rosiger, die Aussichten sonniger. Jetzt gibt es mehr Frost und Sturm mit atlantischen Tiefausläufern. Gerade da braucht man wirtschaftspolitisch einen weitsichtigen Steuerherrn. So passt es ganz gut, dass Peter Altmaier im Februar 2019 die „Nationale Industriestrategie 2030“ vorgelegt hat. Wohin wird sie uns führen?

Zunächst beschreibt der Bundeswirtschaftsminister zutreffend die Problemlage: zunehmender Protektionismus in der globalen Wirtschaft, Auftreten disruptiver Technologien, die alte Stärken relativieren, Gefährdung der technologischen Führerschaft von deutschen Unternehmen. Er fordert eine aktive Industriepolitik Deutschlands und Europas. Die Beschreibung der Lage ist richtig. Aus meiner Sicht genügt es aber nicht, die feindlichen, protektionistischen Mächte in Amerika und Asien für die Verschlechterung unserer Zukunftschancen verantwortlich zu machen. Wir brauchen auch eine schonungslose Analyse der eigenen Rahmenbedingungen. Es taucht zwar das Wort Unternehmenssteuern einmal auf, auch der Hinweis auf die Energiepreise fehlt nicht. Aber wo bleibt die Analyse unserer Probleme?

Der Vorrang der Sozialpolitik und der Verteilungsmentalität belastet die Wirtschaft. Es hindern uns im Wettbewerb: Die Langsamkeit und bürokratische Überfrachtung von Infrastrukturprojekten, die gesellschaftspolitische Gegnerschaft zu Wachstum, Fortschritt und Forschung und die geradezu feindliche Gesinnung breiter Kreise zu Auto und Flugzeug, zu Industrieanlagen ebenso wie zur Landwirtschaft. Wie soll in einem solchen gesellschaftlichen Klima ein innovations- und wettbewerbsfreundliches Klima entstehen?

Wirtschaftspolitik ist zu einem guten Teil Psychologie. Wo bleibt die wachmachende, aufrüttelnde, aufreißende Ruck-Rede von Kanzlerin und Wirtschaftsminister? Der Sympathie-Effekt, den Friedrich Merz mit seiner Kandidatur um den CDU-Vorsitz auslöste, hängt mit diesem gefühlten und tatsächlichen Mangel zusammen. Ein Papier, das nur Insider lesen, kann diesen Lücke nicht füllen, zumal auch hier die selbstgemachten Ursachen für einen Verlust an Dynamik und Zukunftsfähigkeit unserer Industrie nicht echt genannt werden.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Digitaloffensive und dem Programm zur Erforschung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz schon beachtliche Projekte auf den Weg gebracht. Aber der Wirtschaftsminister bleibt mit seiner Industriestrategie zu sehr im engeren Aktionsfeld. Vom Kampf gegen bürokratische Lasten liest man gar nichts, auch nicht, wie die Energiepolitik der Zukunft aussehen soll. Nach dem Ausstieg aus der Kernkraft und dem bevorstehenden Ausstieg aus der Kohle wird doch der Strompreis eher steigen und nicht fallen! Beim Kampf um die Haushaltsmittel der Zukunft müssen Investitionen Vorrang haben vor konsumtiven Wohltaten.

Nach meinem Verständnis hat der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft eine aktive Rolle. Ein Nachtwächterstaat würde seine Verantwortung verfehlen. Es geht nicht nur um Konjunkturpolitik und Krisenbewältigung. Es geht um die verlässliche Gestaltung von Rahmenbedingungen. Nicht an Stelle von Unternehmen oder Investoren soll der Staat agieren, aber er soll ihnen die erfolgreiche Bewältigung des Wettbewerbs im globalen Rahmen ermöglichen und erleichtern. Da ist es richtig, das Wettbewerbsrecht zu überdenken und auf europäische Dimensionen auszurichten. Aber wie glaubwürdig ist denn dieses Lippenbekenntnis, wenn Deutschland und Frankreich es gemeinsam nicht fertigbringen, die Fusion von Siemens und Alstom in der Zugsparte über die Rampe zu ziehen und gemeinsam an der Europäischen Kommission scheitern? Altmaier beschwört ständig (und das hört man in der CSU zurecht gerne) Franz Josef Strauß und sein europäisches Flugzeugprojekt Airbus. Er hätte jetzt die Möglichkeit gehabt, im Eisenbahnbereich ähnliches zu bewerkstelligen, aber da braucht man mehr als ein Papier.

In der Fachdiskussion unterstellt man dem Bundeswirtschaftsminister planwirtschaftliche Vorstellungen. Das geht sicher zu weit. Aber interessant wäre es schon zu wissen, was er sich unter „Beteiligungsfazität“ vorstellt. Bei der Begeisterung und Bewunderung, die aus der „Nationalen Industriestrategie 2030“ für die chinesische Politik herausstrahlt, muss man sofort an einen Staatsfonds denken, aus dem Wirtschaftsbeteiligungen finanziert werden. Soll der Staat nun immer den „weißen Ritter“ spielen oder gar strategisch Beteiligungen bei Aktiengesellschaften anstreben, um seine wirtschaftspolitischen Ziele voranzubringen? Wer Anteilseigner wird, übernimmt unternehmerische Verantwortung. Ob das Politiker oder Beamte besser können als Eigentümer oder erfahrende Manager von Unternehmen, diese Frage muss man gar nicht erst aufwerfen. Was heißt es nun, dass Maßstab ein „neues volkswirtschaftliches Verhältnismäßigkeitsprinzip“ sein soll? Wer beurteilt denn das? Und quasi automatisch eine Staatsbeteiligung in den Fragen der Plattformökonomie, bei Künstlicher Intelligenz oder Autonomen Fahren zu postulieren, („erforderlich und gerechtfertigt“) der nimmt statt der Förderung das Lenkrad in die Hand. Ein

Konglomerat von Industriebeteiligungen im Eigentum der öffentlichen Hand, die dann strategisch und wettbewerbsfeindlich die Fäden zieht, das ist wohl das letzte, was sich Ludwig Erhard unter Sozialer Marktwirtschaft vorgestellt hat. Wer über die Rahmenbedingungen hinausgeht, der ist auf einem gefährlichen Weg und verlagert wirtschaftliche Entscheidungen in die staatliche Bürokratie. Ich sage: „fördern ja, lenken nein!“ Und ich habe Ludwig Erhard damit auf meiner Seite, der in seinen grundsätzlichen Vorstellungen in „Wohlstand für alle“ klar davor warnte, „wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt.“ Das aktuelle Beispiel des Bundesunternehmens Deutsche Bahn ersetzt jede weitere Kommentierung.

Das Gegenbeispiel könnte die steuerliche Forschungsförderung sein. Hier bleibt die betriebswirtschaftliche Entscheidung beim Unternehmen und der Staat fördert und unterstützt ohne zu lenken und planwirtschaftlich zu fungieren. Warum liegt dieses Projekt schon so lange in den Schubladen und kommt nicht voran?

Ja, die Zeit zum Handeln ist da. Es muss auch ein großer Sprung sein. Aber bitte in die richtige Richtung, nämlich Stärkung der marktwirtschaftlichen Kräfte, Belebung der Innovationsfreudigkeit und vor allem ein positives Grundklima für Forschung, Innovation und Zukunftsfähigkeit. Die Zeit drängt.

(München, 1. April 2019)